

der inneren und äußeren Reaktion zu vereiteln, die Einheit der revolutionären Kräfte in Syrien zu untergraben.

III

Bei der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und der Situation im Nahen Osten stellten beide Parteien die Übereinstimmung ihrer Standpunkte fest.

Beide Seiten schätzen ein, daß die gewachsene Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihr zunehmender Einfluß auf die Weltpolitik immer überzeugender zum Ausdruck kommen. Sie stimmen darin überein, daß bei der Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz, der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und einer gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit zum Wohle aller Völker bedeutsame Fortschritte erreicht wurden. Insbesondere unterstreichen sie die Bedeutung der aktiven Politik der Sowjetunion zur Unterstützung des Kampfes der Völker für die Freiheit und Unabhängigkeit, zur Festigung der internationalen Sicherheit und zur Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen. Sie sehen es als eine ihrer Hauptaufgaben an, zur weiteren Entfaltung der vom XXIV. Parteitag der KPdSU verkündeten Friedensoffensive aktiv beizutragen.

Beide Seiten verurteilten entschieden die vielfältigen Versuche des Imperialismus, den Fortschritt der internationalen Entspannung, das Anwachsen der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung in der Welt durch Gewalt und Aggression aufzuhalten.

Beide Seiten begrüßen es, daß der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf seiner jüngsten Tagung mit der Erklärung zum Nahen Osten die feste Solidarität mit der gerechten Sache der arabischen Völker bekräftigt und den realen Weg zur Lösung des brennenden Problems einer Nahostfriedensregelung gewiesen hat mit der Forderung: Abzug der israelischen Okkupanten von allen besetzten arabischen Gebieten und Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Beide Delegationen brachten zum Ausdruck, daß die Vereinbarung über das Auseinanderrücken der Truppen nur einen ersten, vorläufigen Schritt bei der Gesamtregelung des Nahostproblems darstellt. Sie sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Genfer Nahost-Friedenskonferenz unter Teilnahme aller unmittelbar interessierten Staaten sowie der Vertreter des arabischen Volkes von Palästina eine unabdingbare Voraussetzung ist, um auf dem Wege der Erfüllung aller Bestimmungen der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 und vom 22. Oktober 1973 weiter voranzukommen. Sie unterstrichen die Wichtigkeit der Teilnahme der Sowjetunion an allen Etappen und auf allen Ge-